



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 28.02.2017
lj

Verschuldung der Stadt Pirmasens

Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner nimmt Stellung zu den Äußerungen des Pirmasenser Oberbürgermeisters und bietet ihre Zusammenarbeit an.

„Für die steigende Unterfinanzierung im Pirmasenser Haushalt werden hauptsächlich unzureichend finanzierte Aufgaben verantwortlich gemacht, die Bund und Länder den Kommunen übertragen“, fasst Angelika Glöckner die Äußerungen der letzten Tage zusammen. Insbesondere im sozialen Bereich entstünde dadurch der Stadt Pirmasens ein immer größer werdendes Haushaltsloch.

Die Abgeordnete verweist auf milliardenschwere Hilfspakete, die von der Berliner Regierungskoalition in der laufenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden. Etwa:

- bei der Grundsicherung im Alter und der Erwerbsminderungsrente. Hier werden die Kommunen bis 2018 um 25 Mrd. Euro entlastet. Der Bund stellt zusätzlich 6 Mrd. Euro bis Ende 2017 für Kinderrippen, Kitas und Schulen bereit.
- Hinzu kommen etwa 2 Mrd. Euro bis 2018 aus dem gescheiterten Betreuungsgeld – u.a. für mehr und bessere Kitaplätze.
- Speziell für finanzschwache Kommunen wurde ein kommunaler Investitionsfond eingerichtet. Dieser wurde ab 2017 auf 7 Mrd. Euro erhöht.
- Darüber hinaus gibt es mehr Geld für die Städtebauförderung: 700 Mio. Euro vom Bund, davon 150 Mio. Euro für das Programm „Soziale Stadt.“
- Der soziale Wohnungsbau wird bis 2019 mit 1,5 Mrd. Euro pro Jahr durch den Bund gefördert.
- Der Bund entlastet die Kommunen bei den Sozialausgaben – 2016 um 1 Mrd. Euro und 2017 um 2,5 Mrd. Euro. Und ab 2018 um 5 Mrd. Euro.
- Hinzu kommen weitere 2 Mrd. Euro für Investitionen in Infrastruktur und Energieeffizienz.

„Eine Vielzahl der realisierten Sozialgesetzgebungen im Bund entlastet die Kommunen zusätzlich finanziell“, ist sich Glöckner sicher. Als konkretes Beispiel nennt die Abgeordnete den Mindestlohn, der die Sozialbudgets entlastet, da durch steigende Löhne weniger Sozialleistungen aufgestockt werden müssen.

Warum die finanzielle Unterstützung in Pirmasens nicht oder nicht schnell genug greife, gilt es zu analysieren, denn die Ursachen hierfür können vielfältig sein.

Die SPD-Abgeordnete verweist auch auf die Forderung ihrer Partei, allen voran ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz, wonach der Milliardenüberschuss im Bundeshaushalt in Schulen, Infrastruktur, digitalen Ausbau und eine Besserstellung der Pflege investiert werden sollte: „Das wiederum, käme den Kommunen und damit allen Bürgerinnen und Bürgern direkt zu Gute“, unterstützt Angelika Glöckner diese Forderung.

Den Äußerungen vieler überschuldeter Kommunen müsse man auch die Tatsache gegenüberstellen, dass von vielen Bundesfördermitteln aktuell nur Bruchteile abgerufen werden. Wie die [Rheinische Post](#) im Januar unter Berufung auf das Bundesfinanzministerium berichtete, blieb von insg. 1,8 Mrd. Euro aus unterschiedlichen Töpfen in 2016 noch etwa 1 Mrd. Euro übrig, die nicht genutzt wurde. Auch darüber müsse nachgedacht werden.

„Ich möchte die kommunalen Vertreter beim Wort nehmen und verbinde dies mit der Hoffnung, dass wir darüber einen konstruktiven Dialog führen werden“, untermauert Glöckner abschließend ihr Gesprächsangebot.

BERLINER BÜRO PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-77432 TELEFAX (030) 227-76444 E-MAIL angelika.gloeckner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO ALLEESTRASSE 60 66953 PIRMASENS
TELEFON (06331) 7193259 TELEFAX (06331) 7190379 E-MAIL angelika.gloeckner@bundestag.de

WEB <http://www.angelika-gloeckner.info/>